

Jasper, Jörg; Tokarev, Iouri

Article

Anmerkungen zur neueren russischen Protektionismus-Diskussion: Trägt eine Infant-Industry-Strategie?

Aussenwirtschaft

Provided in Cooperation with:

University of St.Gallen, School of Economics and Political Science, Swiss Institute for International Economics and Applied Economics Research

Suggested Citation: Jasper, Jörg; Tokarev, Iouri (2002) : Anmerkungen zur neueren russischen Protektionismus-Diskussion: Trägt eine Infant-Industry-Strategie?, Aussenwirtschaft, ISSN 0004-8216, Universität St.Gallen, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung (SIAW-HSG), St.Gallen, Vol. 57, Iss. 2, pp. 221-250

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/231004>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Anmerkungen zur neueren russischen Protektionismus-Diskussion: Trägt eine Infant-Industry-Strategie?*

Jörg Jasper und Iouri Tokarev
Universität Hannover

Protectionistic measures have a long tradition in Russia, beginning in tsarist times. During the soviet period, foreign trade protection in the usual sense hardly existed, since foreign trade was completely determined by the central planning authorities. The breakdown of the soviet system and the opening of Russia's industries to Western and Asian competitors resulted in serious slumps both in import substituting and exporting industries, which strengthened particular groups to claim an extension of foreign trade protection. These concerns often coincided with bureaucratic and political interests, also on the local level, to consolidate and intensify their control over 'strategic' industries. As a result, a mostly uncoordinated bureaucratic foreign trade regime emerged which is beyond international standards and which lacks any kind of visible long-term development programme but which is somewhat consistent with the country's administrative heritage. Nevertheless, there has recently been an interesting discussion about the concrete legitimacy and strategy of a systematically planned protective foreign trade regime including a revival of the classic infant-industry-argument and showing traces of arguments belonging to the 'new trade policy'-debate. In this article, we describe Russia's current foreign trade policy and analyse arguments in favour of a 'rational' protectionism in the context of the country's present economic situation and its intended accession to the WTO.

Keywords: Russia, Protectionism, Infant Industry Argument, Foreign Trade, WTO

JEL-Classification: F02, F13, F14, O14

1 Einführung

Bis zum Beginn der Neunzigerjahre verfügte der Staat in der ehemaligen Sowjetunion über das Monopol im Bereich des Auslandsgeschäftes. Nur wenige dazu bevollmächtigte staatliche Außenhandelsorganisationen waren zur Abwicklung von Auslandsgeschäften berechtigt. Dementsprechend hatte die in Russland bereits am Ende des 19. Jahrhunderts begonnene und bis ins frühe 20. Jahrhundert reichende Diskussion über protektionistische Maßnahmen zum Schutz der eigenen Industrie zu Sowjet-

* Die Autoren danken der Fritz-Thyssen-Stiftung für die Finanzierung des diesem Beitrag zugrunde liegenden Forschungsvorhabens.

zeiten keinerlei Bedeutung mehr, da im Rahmen des planwirtschaftlichen Systems der Staat ohnehin die absolute Kontrolle über die materiellen und finanziellen Ströme zwischen In- und Ausland hatte. Erst mit der Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit wurde russischen Unternehmen zu Beginn der Neunzigerjahre das Recht eingeräumt, selbständig auf den internationalen Märkten zu agieren. Der Anlass dazu war der Erlass Nr. 213 des russischen Präsidenten vom 15.11.1991 «Über die Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit auf dem Territorium der Russischen Föderation». Die wirtschaftlichen Reformen führten dazu, dass ein scharfer Wettbewerb mit ausländischen Produzenten einsetzte, was sich in einem z.T. drastischen Rückgang der Marktanteile vieler heimischer Hersteller auswirkte. Diese Tatsache löste eine heftige Diskussion darüber aus, wie eine russische Protektionspolitik ausgestaltet werden sollte¹. Diese Diskussion hat sich mit den weiteren Fortschritten in Richtung eines Beitritts Russlands zur WTO weiter verschärft. Der folgende Beitrag befasst sich mit der Entwicklung und dem Stand protektionistischer Maßnahmen in Russland sowie mit der Analyse der Tragfähigkeit der in der neueren russischen Protektionismuskussion angeführten Argumente.

2 Der Staat als Erzieher: eine russische Tradition

2.1 Überblick über die Ursachen des Entwicklungsrückstands in Russland

Seit dem 18. Jahrhundert ist die Geschichte Russlands zum einen durch ein verzögertes Durchlaufen technologischer Entwicklungsstufen (und der durch diese bestimmten Wirtschaftsformen) und – damit zusammenhängend – die «nichtorganische» Einführung dieser Wirtschaftsformen gekennzeichnet. Neue Technologien (und dementsprechend ihre Einflüsse auf Marktstruktur, Infrastruktur, Wohlfahrtsniveau usw.) wurden oftmals per Dekret oder zumindest unter massiver staatlicher Einflussnahme administrativ forciert. Dies geschah dennoch im Verhältnis zu anderen Ländern vielfach verspätet. Veraltete Technologien waren so bis weit in die Degenereszenzphase ihres Lebenszyklus hinein in Gebrauch, während gleichzeitig die Einführung neuer Technologien großenteils un-

1 Vgl. JACOBSEN (1998); BOSWORTH und OFER (1995), Kap. 3; zur Debatte zwischen Befürwortern einer selektiven Protektion und freihandelsorientierten Lösungen SACHS und WARNER (1991); KRUGMAN (1995); MCKINNON (1991).

terblieb, bis erneut staatlicherseits eine Initiative ergriffen wurde². Dabei erwies sich der Staat jedoch auch als Faktor der Konservierung und Vergrößerung von Entwicklungsrückständen: zu den wichtigsten Gründen für die verspätete Entwicklung und Konservierung der Koexistenz verschiedener technologischer Wirtschaftsformen in Russland zählen die starke Orientierung des russischen Staates an militärischen Zielen im Laufe zumindest der letzten zwei Jahrhunderte, die im Rahmen des planwirtschaftlichen Systems entstandene Monopolisierung der russischen Wirtschaft, sowie die technologische Isolation Russlands von großen Teilen der Welt während des «Kalten Krieges». Bei LIPSIZ, NESCHADIN ET AL.³ wird weiterhin die Behauptung aufgestellt, dass die Kooperationsstruktur im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) die Implementierung des russischen Know-hows in den anderen RGW-Ländern mit dem nachfolgenden Import der daraus entstandenen technologisch entwickelten Erzeugnisse zurück in die UdSSR vorsah. Ströme in der entgegengesetzten Richtung seien hingegen weniger ausgeprägt gewesen⁴.

2.2 Autarkiebetrebungen in der traditionellen russischen Industriepolitik

Die protektionistische Politik Russlands in der Periode von 1877 bis 1913 hatte nicht zuletzt einen fiskal- bzw. militärfiskalischen Charakter. Sie war einerseits auf die Protektion der Verteidigungsindustrie ausgerichtet und wurde HOBSON zufolge andererseits als Instrument der zaristischen Eliten verwendet, um die aufkommende bürgerlich-kapitalistische Klasse zu schwächen, so dass von ihr lange Zeit nur geringe Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgingen⁵. Selbst wenn man das letztgenannte Argument anzweifelt, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Entwicklung neuer Technologien und Wirtschaftsformen üblicherweise von den Regierungen administrativ unter dem Zwang in Gang gebracht wurde, entsprechende Reformen kurzfristig initiieren zu müssen, um zu vermeiden, dass das Land aufgrund der Rückständigkeit in vielen Bereichen seine wirtschaftliche Handlungsfähigkeit verlor. Para-

2 Vgl. LIPSIZ, NESCHADIN ET AL. (1997), Teil 2.4.

3 Vgl. LIPSIZ, NESCHADIN ET AL. (1997), Teil 2.4.

4 Dieses Argument ist allerdings äußerst umstritten. Zwar existieren rudimentäre Angaben zum Technologieaustausch innerhalb des RGW, die zwar auf einen Nettotechnologieexport seitens der UdSSR hindeuten, jedoch keine Angaben über den tatsächlichen Gebrauchswert des exportierten Wissens zulassen; vgl. hierzu bereits BETHKENHAGEN und MACHOWSKI (1975), S. 68 f.

5 Vgl. HOBSON (1997), S. 71–114.

doxerweise entstand das Erfordernis staatlichen Eingriffs in das volkswirtschaftliche Innovationsverhalten aufgrund eines schwach ausgeprägten privatwirtschaftlichen Sektors, der nicht zuletzt gerade aufgrund der misstrauischen und oftmals neuerungsfeindlichen staatlichen Bürokratie marginal blieb, wenngleich es, insbesondere in der «Ära» Sergei Witte immer wieder Versuche einer Dynamisierung gab⁶.

Die unzureichende Entwicklung spiegelte sich dann im ständigen Ressourcenmangel für die Entwicklung der nächsten Modernisierungsstufe wider und führte dazu, dass wirtschaftliche Reformen in Russland immer einen fragmentarischen Charakter hatten und die Zurückgebliebenheit der russischen Industrie nicht überwunden werden konnte.

Die außenhandelspolitische Komponente der Erziehungsfunktion des Staates in Russland fand Ausdruck in den Autarkietendenzen, die seit Jahrhunderten in Russland existierten und die sich in der sowjetischen Periode verschärften. Im 19. Jahrhundert hatte das Land die höchsten Zölle Europas, was die industrielle Entwicklung des Landes massiv gehemmt haben dürfte⁷. Die Zölle hatten sowohl protektionistische als auch fiskalische Ziele und dienten vermutlich auch dazu, die inländische Konsumption zu beschränken⁸. Von tatsächlicher Autarkie konnte indessen keine Rede sein. Zwar war das Land dahingehend autark, als es neben der Eigenversorgung auch noch erhebliche Exporte landwirtschaftlicher Güter ermöglichen konnte⁹, doch bestand eine – wie auch immer geartete – «technologische Autarkie» zu keinem Zeitpunkt, was sich auch darin äußerte, dass man die Einfuhrzölle für landwirtschaftlich-technische Produkte, die keine Substitute für heimische Produzenten waren, 1898 abschaffte und somit Kapitalimport in einer «Schlüsselindustrie» ermöglichte. Russland war dennoch bis zum Zweiten Weltkrieg in keinem technologischen Bereich, der Gegenstand einer modernen Diskussion um eine «strategische» Außenhandelspolitik sein könnte, auch nur in der Nähe der technologischen Führerschaft. Vielmehr bestand eine starke technologische Abhängigkeit vom Ausland, die jedoch eine allmähliche techno-

6 Sowohl eine Verstärkung des staatlichen Engagements im industriellen Sektor als auch die Ermunterung privater industrieller Tätigkeit und ausländischer Investitionen waren kennzeichnend für die Periode des Finanzministers Sergei Witte (1892–1904).

7 Im Jahre 1902 machten die Zolllasten etwa 40% des Wertes von Importgütern aus; vgl. MÜNTING (1982), S. 34.

8 So zumindest die Darlegungen Wittes in einem geheimen Memorandum an den Zaren von 1899; vgl. MÜNTING (1982), S. 34. Das Ziel der Konsumrestriktion wurde allerdings kaum erreicht, wie CRISP in einer umfassenden Analyse zeigen konnte; vgl. CRISP (1976).

9 Noch 1913 bestanden die Exporte Russlands zu 63% aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen und zu 11% aus Nutzholz; vgl. MÜNTING (1982), S. 31; vgl. umfassend zur Thematik GATRELL (1986).

logische Entwicklung in Gang setzte, die allerdings durch den Ersten Weltkrieg und die anschließenden Revolutionswirren einen schweren Rückschlag erlitt. Die zu Zeiten der Monarchie protegierten heimischen Industrien blieben in der Regel im Weltmaßstab eher klein und ineffizient. Ein erheblicher Anteil der dennoch stattfindenden Technologie- und Kapitalimporte war auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich vor der Revolution große Teile der russischen Schlüsselindustrien in ausländischer Hand befanden¹⁰.

Das in der Sowjetunion errichtete Außenwirtschaftssystem war ebenfalls lange Zeit stark auf die Autarkie des Landes hin ausgerichtet und erlaubte es lediglich, die Versorgung der Bevölkerung auf einem niedrigen Bedürfnis- und Qualitätsniveau zu gewährleisten. Dieses nicht zuletzt aus militärpolitischen Erwägungen errichtete System war auf Beziehungen mit anderen Ländern nur in beschränktem Ausmaß angewiesen¹¹. Der Importzolltarif hatte praktisch nur einen nominalen Charakter, da Materialströme und die Preisbildung durch den Staat gesteuert und kontrolliert wurden. Der Importzolltarif der Sowjetunion umfasste 1981 lediglich 10 Warengruppen und 319 Positionen. Weiterhin existierte eine kurze Liste der zum Export und Import verbotenen Waren¹². Exporte wurden nicht verzollt.

2.3 Der Wandel der Außenhandelspolitik in der Zeit der Demokratisierung

Die infolge des Machtantrittes neuer politischer Kräfte erfolgte Veränderung der politischen Situation in Russland, eine allmähliche Abschaffung des planwirtschaftlichen Systems und Versuche der Errichtung eines marktwirtschaftlichen Koordinationsrahmens haben in der Folgezeit die Notwendigkeit einer Liberalisierung des Außenwirtschaftsregimes Russlands offenkundig gemacht. Die ersten Liberalisierungsschritte hatten jedoch einen eher formalen Charakter. So wurde im Jahre 1988 das staatliche Außenhandelsmonopol formal beseitigt und den Unternehmen das Recht eingeräumt, Export- und Importgeschäfte selbst abwickeln zu können. Es blieb jedoch eine starke bürokratische Kontrolle erhalten, Wäh-

10 Um 1914 waren etwa 90% des Bergbaus, 40% der metallurgischen Industrie, etwa die Hälfte der chemischen Industrie, nahezu die vollständige Erdölförderung und selbst etwa 28% der für die russische Industriestruktur so prägenden Textilindustrie in ausländischer Hand; vgl. MÜNTING (1982), S. 34.

11 Vgl. KUTOVA (1998).

12 Vgl. MINISTERRAT DER UdSSR (1981).

rungeingänge wurden stark besteuert und der Rubel war noch nicht konvertierbar¹³. Außerdem war es für alle am Außenhandel Beteiligten vorerst noch obligatorisch, sich registrieren zu lassen. Diese Situation stellte nach wie vor ein schweres Hindernis auf dem Wege einer zügigen Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen russischer Unternehmen dar, obwohl es schon 1987 zur Entstehung erster Joint Ventures gekommen war.

Der oben genannte Erlass des Präsidenten aus dem Jahre 1991 «Über die Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit auf dem Territorium der Russischen Föderation» hat die Situation bedeutend verändert¹⁴. Die obligatorische Registrierungspflicht aller an außenwirtschaftlichen Tätigkeiten beteiligten Unternehmen wurde aufgehoben¹⁵, die Importzölle wurden gesenkt und der Anwendungsbereich des marktbestimmten Wechselkurses wurde erweitert. Zu diesem Zeitpunkt dürfte die bis heute das Gesamtbild bestimmende detaillierte Gestaltung des russischen Systems der tarifären und nichttarifären Regulierungen begonnen haben. Das anfänglich weitgehend liberale Außenhandelsregime Russlands führte zu einer Importschwemme und zu einer substanziellen Verdrängung insbesondere der importsubstituierenden Industrien, so dass es in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre zu einem außenhandelspolitischen Umschwung kam, der vor allem durch die Einführung eines stark restriktiven Importzollregimes gekennzeichnet war. Um die staatlichen Regulierungsmaßnahmen im Bereich der Außenwirtschaft gesetzlich zu regeln, wurde im Jahre 1995 das Gesetz Nr. 42 «Über die staatlichen Regulierungen der Außenhandelstätigkeit»¹⁶ (geändert am 7.7.1998) verabschiedet, das die Methoden dieser Regulierung festlegt. Laut diesem Gesetz erfolgt die staatliche Außenhandelspolitik durch die Anwendung wirtschaftlicher und administrativer Methoden, und zwar durch tarifäre (Export- und Importtarife) und bestimmte nichttarifäre Regulierungen (u.a. Quotierung und Lizenzierung) der Außenhandelstätigkeit¹⁷. Andere Methoden sind nach diesem Gesetz unzulässig¹⁸, was nichts daran ändert, dass die russische Administration noch immer große protektionistische Spielräume hat

13 Vgl. KUTOVA (1998).

14 Vgl. zur Entwicklung des russischen Außenhandels in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre PANKOV (1996).

15 Es blieb jedoch bis 1995 eine Registrierungspflicht für solche Unternehmen erhalten, die strategisch wichtige Rohstoffprodukte exportierten.

16 Vgl. REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION (1995a).

17 Vgl. im einzelnen hierzu auch REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION (1992, 1995, 1996).

18 Vgl. NOVOKSCHONOV (1999).

und diese auch nutzt¹⁹. Dass nach wie vor starke Tendenzen zu außenwirtschaftlicher Protektion bestehen, zeigt das 1998 in Kraft getretene Gesetz «Über Maßnahmen zum Schutz der ökonomischen Interessen Russlands im Waren-Außenhandel»²⁰. Besonders bemerkenswert an dieser Norm ist Abschnitt V, der Importbeschränkungen, unter anderem zur Unterstützung zielgerichteter föderaler Strukturentwicklungsprogramme, explizit auch im Zusammenhang mit der Entwicklung neuartiger Güter vorsieht. Laut Art. 16 Abs. 1 dieser Norm kann die Russische Regierung unter diesen und im Gesetz auch nicht näher spezifizierten Voraussetzungen auf maximal vier Jahre befristete Importbeschränkungen für heimischen Produkten «analoge» oder unmittelbare Konkurrenzprodukte verhängen. Trotz des Generalklauselcharakters dieser Norm, die der russischen Regierung weite Handlungsspielräume eröffnet, handelt es sich offenbar um eine Regelung, die selektive Schutzmaßnahmen zur zielorientierten Strukturentwicklung durch Außenhandelsprotektion ermöglichen soll²¹.

2.4 Aspekte der aktuellen russischen Außenhandelsprotektion

Das derzeit gültige außenwirtschaftspolitische Programm der russischen Regierung von 2001²² sieht zwar als oberstes Ziel die weitere Integration des Landes in die Weltwirtschaft und die WTO vor, vermerkt jedoch auch ausdrücklich die Notwendigkeit, «gesunde» und «vernünftige» Wettbewerbsverhältnisse durch «ausgewählten» Schutz nationaler Produzenten vor schädlicher Importkonkurrenz sicherzustellen. Es wird nicht klargestellt, was hierunter zu verstehen ist, obwohl, wie in allen Verlautbarungen der Regierung zu dieser Thematik betont wird, die Verhängung von Schutzmaßnahmen nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien vollzogen werden soll. Das Programm nimmt insgesamt eine klassische Infant-Industry-Perspektive ein, indem es einerseits selektive Schutzmaßnahmen für heimische Industrien vorsieht, andererseits jedoch auf den Zugang ausländischer Ressourcen mit «strategischer Bedeutung für die ökonomische Entwicklung», wie etwa «Kapitalien und Technologien, Güter und Dienstleistungen» abzielt, deren «nationale Produktion fehlt oder begrenzt ist»²³.

19 Vgl. für eine Übersicht über derzeitige Außenhandelsrestriktionen Russlands Europäische Kommission (2001); KULESCHOV, RYLOV und PERESLAVZEV (2000).

20 Vgl. REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION (1998).

21 Vgl. hierzu auch REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION (1999).

22 Vgl. REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION (2001).

23 REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION (2001).

Kürzlich legte die russische Regierung zudem ein Programm zur Förderung bestimmter Schlüsseltechnologien (Luft- und Raumfahrt, Kerntechnik, Biotechnologie, Militärtechnologie) vor, das eine Stärkung dieser Sektoren gerade im Hinblick auf ihr Exportpotenzial vorsieht. Das Programm «Konzeption einer Industriepolitik mit Exportorientierung für den Zeitraum bis 2005»²⁴ enthält Züge einer Infant-Industry-Politik, namentlich aufgrund der geplanten selektiven Förderung einzelner Schlüsselindustrien, in denen man eine vergleichsweise starke Position zu haben glaubt. Weiterhin geplant ist die Befreiung importierter Technologien und Ausrüstungsgüter, die für den Aufbau exportorientierter Industrien benötigt werden, von Importrestriktionen.

Die Umsetzung dieses Programms steht noch weitgehend aus und seine Koordinierung mit einer geeigneten Außenhandelspolitik bleibt abzuwarten, es geht jedoch offensichtlich konform mit den derzeitigen außenwirtschaftspolitischen Zielen der russischen Regierung. Die jüngst beschlossene Senkung von Importzöllen für nicht in Russland hergestellte Produktionsanlagen deutet allerdings darauf hin, dass die russische Regierung mit der Umsetzung des Programms begonnen hat.

Die rechtliche Regulierung und die programmatischen Absichtserklärungen der russischen Regierung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich derzeit noch kaum ein klares Bild über das derzeitige Außenhandelsregime Russlands gewinnen lässt, da gegenwärtig in der Praxis eine *systematische* strategische Ausrichtung im Sinne einer gezielten Protektion «kritischer» Industrien nur ansatzweise zu erkennen ist. Es lässt sich feststellen, dass auch jenseits der derzeit noch bestehenden tarifären Protektionsmaßnahmen eine Fülle intransparenter Regelungen existieren, die oftmals aufgrund von Unklarheiten oder Überschneidungen faktisch imPTHemmend wirken, und in deren Grauzonen sich die Interessen von Bürokraten, der Politik und der betroffenen Industrien treffen und die in stärkerem Ausmaß «WTO-resistent» sind als Zölle klassischer Prägung. Eine effektive Protektion findet damit weiterhin in großem Ausmaß statt, auch wenn dies seitens der russischen Regierung geleugnet wird²⁵. Die augenblickliche Politik ist eher als bürokratische Kontinuität der Außenhandelsbewirtschaftung denn als gezielter Einsatz handelspolitischer

24 Vgl. REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1999a).

25 Ein Beispiel für offensichtliche, wenn auch inoffizielle Protektion war die Einführung von gesundheitsschutzbezogenen Testerfordernissen für Fußbodenbeläge und einige Bekleidungsarten. Die EU hat die russische Regierung aufgefordert, derartige Maßnahmen einzustellen, wenn sie nicht durch wissenschaftliche Erkenntnisse begründbar sind.

Instrumente mit strategischer Ausrichtung zu sehen. Auch in der Vergangenheit war die Verfolgung von Maßnahmen im Rahmen einer durchdachten und zweckorientierten Strategie der «Erziehung» heimischer Industrien zwecks Erreichung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kaum anzutreffen²⁶. Im Ergebnis werden vor allem protektionistische Maßnahmen verwendet, die seitens einflussreicher Unternehmensgruppen gefordert werden und zur Verschlechterung der binnenwirtschaftlichen Lage sowie zur Konservierung der technologischen Rückständigkeit beitragen.

Unter dem Druck des näherrückenden Eintritts in die Welthandelsorganisation wird zudem eine allmähliche Absenkung des *allgemeinen* Protektionsniveaus einsetzen, was zu einer Verschärfung der Protektionismus-Debatte führen wird, weil erneut der außenwirtschaftliche Druck auf die russische Wirtschaft zunehmen wird.

3 Zur Rechtfertigung des Infant-Industry-Argumentes im russischen Außenhandelsregime

3.1 Überblick über die Argumente für eine aktive Außenhandelsprotektion in der russischen Literatur

Angesichts der seit 1991 (wenn auch bereichsweise zögerlich) vollzogenen Öffnung des russischen Marktes für ausländische Wettbewerber und der sich derzeit vollziehenden Neuausrichtung der russischen Außenwirtschaftspolitik wird gegenwärtig in der russischen Literatur eingehend diskutiert, ob und wie die russische Industrie vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden sollte, welche Vorteile und Nachteile der Beitritt Russlands in die WTO mit sich bringe und welche Handlungsstrategien in bezug auf den Beitritt verfolgt werden sollten. Einige Autoren kritisieren die zu Beginn der Neunzigerjahre durchgeführte «überflüssige» Liberalisierung des Handelsregimes und betrachten sie als eine wichtige Ursache der Verschlechterung der Wirtschaftslage vieler russischer Unternehmen²⁷. Dementsprechend rechtfertigen diese Autoren die existierenden tarifären und nichttarifären Beschränkungen des Handels. Das Plädoyer für eine weitere Anhebung des Protektionsniveaus Russlands stützt sich auf eine Reihe von Argumenten. Unter diesen sind vor allem folgende zu erwähnen:

26 Vgl. HOBSON (1997), S. 71–114.

27 Vgl. SKOVORODA (2000).

1. Aufgrund der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit der russischen Industrie würde eine schnelle Öffnung des internen Marktes nicht nur zu einer scharfen Expansion ausländischer Hersteller führen, sondern sie würde auch die Existenz einer Reihe von Industriebranchen in Frage stellen, was mit erheblichen u.a. sozialen Konsequenzen verbunden sei²⁸.
2. Es sei notwendig, einige Industrien zu unterstützen, damit diese eine Chance erhielten, mittelfristig auf den internen und externen Märkten wettbewerbsfähig zu werden, anstatt bereits im Vorfeld ausgelöscht zu werden²⁹.
3. Der Eintritt Russlands in die WTO sei mit vielen Nachteilen für die Wirtschaft verbunden³⁰. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, die Prozesse des Beitritts in diese Organisation nicht zu beschleunigen und für den Zeitraum vor dem Eintritt den internen Markt maximal zu schützen. Damit würde zum einen Zeit gewonnen, die russische Wirtschaft zu modernisieren und ihre Wettbewerbspositionen zu stärken, und zum anderen könne ein Spielraum für das Aushandeln «günstigerer» Eintrittsbedingungen gegenüber der WTO geschaffen werden.
4. Die nach der Krise im August 1998 beschleunigten Prozesse der Importsubstitution müssten durch eine Protektionspolitik weiterhin unterstützt werden³¹.
5. In vergleichbaren Zeiten hätten die westlichen Länder ihre heimischen Anbieter in nicht geringerem Ausmaß geschützt als dies Russland derzeit praktiziere. Außerdem, so wird argumentiert, verwenden diese Länder auch heute eine breite Palette von Schutzmaßnahmen, insbesondere gegen Russland (Anti-Dumping-Prozeduren, Kompensationszölle, Schutz des Agrarmarktes). Viele osteuropäische Länder (wie z.B. Polen, Ungarn und Tschechien) hätten die Notwendigkeit der stärkeren Protektion interner Märkte begriffen und sie seien bereits von einer Politik der totalen Liberalisierung des Außenhandels zu einer Politik des selektiven Protektionismus übergegangen. Diesen Übergang bräuchte auch Russland, das unter der Importexpansion sehr gelitten habe³².
6. Die Aufhebung von Zöllen mache angesichts der schlechten Steuerdisziplin den Verlust eines bedeutenden Anteils der Staatseinnahmen

28 Vgl. VODJANOV, LAPENIN und ISAKOV (1999). Auch in der westlichen Literatur wird dieses Argument eingehend diskutiert; vgl. z.B. BOSWORTH und OFFER (1995); JACOBSEN (1998).

29 Vgl. TSCHERKLINA (2000).

30 Vgl. VODJANOV, LAPENIN und ISAKOV (1999).

31 Vgl. VODJANOV, LAPENIN und ISAKOV (1999); SKOVORODA (2000).

32 Vgl. VODJANOV, LAPENIN und ISAKOV (1999); TSCHERKLINA (2000).

aus. Die Verringerung von Zollsätzen sei in absehbarer Zukunft nicht durch die Anhebung anderer Steuern kompensierbar.

Nachfolgend soll der Aspekt der selektiven Protektion russischer Industrien im Vordergrund stehen, die an die Tradition des klassischen Infant-Industry-Argumentes anknüpft. Die staatlich bestimmte «Erziehung» der heimischen Wirtschaft zur Beschleunigung ihrer Entwicklung und Anpassung an fortgeschrittene Länder hat – wie zu sehen war – in Russland eine lange Tradition.

3.2 Zur Wirksamkeit einer Infant-Industry-Strategie in Russland

Angesichts der gesetzgeberischen und programmatischen Bestrebungen der russischen Administration, eine selektive, von Infant-Industry-Erwägungen geleitete Förderpolitik einzuführen und angesichts der großen Bedeutung dieses Arguments in der russischen Literatur³³ ist zu fragen, wie effektiv eine auf dem Infant-Industry-Argument basierende Politik in Russland überhaupt sein könnte.

In der russischen Literatur ist die Rede von einer Reihe von Produkten, die durch Erziehungszölle in der Zukunft nicht nur auf den russischen Märkten, sondern auch international wettbewerbsfähig gemacht werden könnten. Hierzu werden Bier, Kaltgetränke, Milcherzeugnisse, Geflügelfleisch, Schweinefleisch, Butter, Tabak, Trikotagen, Schuhe, Uhren, Pelzerzeugnisse, Teppiche, Möbel usw. gezählt³⁴. Untersuchungen, inwieweit ein Erziehungszoll in den genannten Branchen erfolgversprechend sein kann, fehlen allerdings bislang. Es fällt auf, dass es sich bei den genannten Erzeugnissen um Produkte aus dem landwirtschaftlichen Bereich sowie um Produkte des wenig technologieintensiven verarbeitenden Gewerbes handelt. Dies sind erfahrungsgemäß Sektoren, für die das «Verewigungproblem» von Erziehungszöllen in besonderem Maße zutrifft. Auch das Problem der Auswahl der Präferenzbereiche des Erziehungszolls scheint im russischen Kontext nur schwer lösbar zu sein. Es stellt den Kern des Erziehungszollargumentes dar, dass es möglich sei, Wirtschaftszweige auszuwählen, die geeignet scheinen, unter dem Schutz der Protektion internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, um nach dem geplanten Fortfall der zeitlich befristeten Schutzmaßnahme ein Einbrechen der jeweiligen Marktpositionen abwenden zu können. Für eine selektive Pro-

33 Vgl. BASS (1999); TSCHERKLINA (2000); SKOVORODA (2000); VODJANOV, LAPENIN und ISAKOV (1999).

34 Vgl. SKOVORODA (2000), S. 13.

tektion dieser Art kommen prinzipiell auch unterentwickelte, aber potentiell mit komparativen Wettbewerbsvorteilen versehene Sektoren in Frage, wie die erwähnten landwirtschaftlichen Bereiche oder die Textilindustrie. Beide Bereiche sind derzeit Gegenstand besonders prioritärer Schutzmaßnahmen. Im Textil- und Lederbereich sind seit 1995 Zölle und Importauflagen für Textilprodukte erheblich angehoben bzw. verschärft worden; von 1997 an galten auch vorübergehend quantitative Beschränkungen für Importe aus der EU, die jedoch mittlerweile wieder beseitigt wurden. Zusagen, nichttarifäre Handelsschranken in diesem Sektor abzubauen, wurden seitens der russischen Regierung nur zögerlich umgesetzt, so dass nach wie vor, insbesondere da eine Bindung an Zollhöchstgrenzen für Russland noch nicht gilt, von einer massiven Protektion gesprochen werden muss. Die Textil- und Lederindustrie, die traditionell eine starke Position innerhalb der russischen Wirtschaft innehatte, ist bereits größtenteils in privater Hand, weist aber nach wie vor keine befriedigende Performance auf, was sich in fortgesetzten negativen Handelsbilanzsaldo dieses Sektors seit 1992 ausdrückt. Was den Agrarsektor anbelangt, so wird angesichts der Entwicklungsrückstände dieses Bereichs auch seitens liberaler Ökonomen eine gewisse Protektion, u.a. mittels Saisonzöllen, nicht von vornherein abgelehnt³⁵, um eine Möglichkeit zu schaffen, die komparativen Vorteile des Landes im landwirtschaftlichen Bereich zur Entfaltung zu bringen und die derzeitige Situation, in der das Land etwa 50% des gesamten russischen Lebensmittelkonsums einführt, zu beenden. Allerdings sinken mit zunehmender Außenhandelsprotektion selbstverständlich auch Anreize zur Modernisierung des Sektors und zur Steigerung der Produktqualität, was weiterhin Importe ausländischer Agrarprodukte erforderlich machen wird, wie seitens der erwähnten Autoren auch betont wird.

Eine andere Qualität haben Erziehungszollmaßnahmen im Rahmen eines «modernisierten», «strategischen» handelspolitischen Regimes, das auf die Schaffung von Innovations- bzw. Monopolrenten sowie innovationsinduzierten Wachstumseffekten abzielt. Unter diesem Gesichtspunkt kommt sicher keiner der zuvor genannten Sektoren in Betracht. Jene Industrien jedoch, die unter dem Aspekt eines «strategischen» Außenhandelsregimes eher für eine selektive Förderung in Frage kämen (insbesondere Luft- und Raumfahrtindustrie, evtl. Teile weiterer Sektoren wie Chemie und Buntmetallurgie, Kerntechnik und auch Militärtechnik), sind bereits in der Vergangenheit in den Genuss umfangreicher staatlicher

35 Vgl. SEROVA, CHRAMOVA, KARLOVA und TICHONOVA (2000).

Protektion gelangt (so erhebt Russland derzeit einen Importzoll in Höhe von 30% auf Flugzeuge)³⁶, haben dies jedoch bislang kaum zur Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsposition nutzen können. Dies dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass Zölle oder Subventionen für sich genommen im Allgemeinen keinen Anreiz geben, verstärkt Wissen zu produzieren oder zu akquirieren, und dass entsprechende Verhaltensmuster in der Vergangenheit auch nicht erlernt werden mussten.

Gerade bei diesem Problem der Akkumulation technischen Wissens bietet sich ein wesentlicher Ansatzpunkt für die weitere Untersuchung. Einige jüngere Arbeiten versuchen, Infant-Industry-Strategien dergestalt neu zu formulieren, dass die ihnen innewohnenden Nachteile vermieden werden könnten. Demzufolge betrachtet ein modifiziertes Infant-Industry-Argument neben dem klassischen Trade-off zwischen statischen Handelsgewinnen und dynamischen Spezialisierungsverlusten zusätzlich die dynamischen Gewinne bzw. Verluste, die aufgrund von Veränderungen der Anreizstrukturen bei der Akkumulation von technologischen Fertigkeiten auf der Unternehmensebene entstehen. Das Infant-Industry-Argument sollte demgemäß nicht als Argument für Protektionismus oder gar als Argument für einen Verzicht auf internationalen Handel verstanden werden. Die Betonung dynamischer Gewinne und Verluste, die internationaler Handel mit sich bringen kann, legt es vielmehr nahe, das Infant-Industry-Argument als ein Argument für einen Perspektivenwechsel – fort von der Orientierung an (statischer) allokativer Effizienz, hin zu der Betrachtung von (dynamischen) Lernprozessen – zu interpretieren³⁷. Die Verwendung von Infant-Industry-Schutzmaßnahmen ist demnach nur dann gerechtfertigt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind³⁸:

1. Sind Produktivitätssteigerungen endogen?
2. Gehen Produktivitätssteigerungen mit Externalitäten einher?
3. Sind Externalitäten länderintern?
4. Sind Externalitäten in unterschiedlichen Sektoren unterschiedlich stark?
5. Korrelieren Externalitäten positiv mit der Größe eines Sektors?
6. Ist das Externalitätenproblem privat lösbar?
7. Ist das Externalitätenproblem durch protektionistische Maßnahmen lösbar?

36 Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001).

37 Vgl. WEILER (1996), S. 246–247.

38 Vgl. WEILER (1996), S. 94–98. Abweichend von WEILER wird der aufgeführte Fragenkatalog nachfolgend nicht im Sinne eines Entscheidungsbaumes herangezogen, in dem die Verneinung einer Frage zur Übergehend aller folgenden Fragen führt.

8. Sind Nutzen der Maßnahmen größer als Kosten?

9. Sollen die Maßnahmen zeitlich befristet werden?

Diesen Fragen soll im folgenden etwas eingehender nachgegangen werden.

1. Sind Produktivitätssteigerungen endogen?

Die für eine Erziehungszollpolitik in Frage kommenden Sektoren der russischen Wirtschaft sind chronisch unterkapitalisiert. Dies gilt insbesondere auch für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Komplementäre Faktoren, vor allem Humankapital, sind jedoch oftmals vorhanden, wenngleich auch hier vereinzelt von Engpässen berichtet wird³⁹. Daher sind diese Bereiche auf externe – wenn auch nicht zwangsläufig ausländische – Investitionen angewiesen, die erst eine Voraussetzung für endogene Produktivitätssteigerungen sein können. Ein Blick in einschlägige Statistiken zeigt, dass die Bruttoinvestitionen in Forschung und Entwicklung sowohl seitens der russischen Industrie als auch seitens des russischen Staates während der Neunzigerjahre stagnierten und im langfristigen Trend eher rückläufig waren, während die *ausländischen* Investitionen in diesem Bereich in Russland gleichzeitig den einzigen Posten darstellten, der substantiell anwuchs⁴⁰. Von rein *landesendogenen* Produktivitätssteigerungen kann daher zweckmäßigerweise kaum die Rede sein; diese sind für eine erfolversprechende Infant-Industry-Politik auch nicht zwingend erforderlich. Wichtiger ist die Tatsache, dass das Land, allenfalls mit Hilfe ausländischer Kapitaltransfers, in der Lage ist, Produktivitätssteigerungen zu realisieren. Dies kann etwa auf dem Wege der Technologiediffusion und – damit zusammenhängend – mit der Bereitstellung komplementärer Produktionsfaktoren, insbesondere Humankapital, geschehen, dessen Produktivität wiederum durch Lernen von den neuen Technologien verbessert wird, was langfristig den landesendogenen Aufbau eines technologischen Kapitalstocks ermöglicht. Voraussetzung hierfür ist ein möglichst ungehinderter Technologietransfer in das Land hinein, wie er derzeit von der russischen Regierung avisiert wird. Eine Infant-Industry-Politik im Sinne einer pauschalen Außenhandelsprotektion wäre unter diesen Gegebenheiten nicht rational. Berücksichtigt man unter diesem Begriff jedoch auch eine Politik, die selektive Technologieimporte fördert (d.h. von Freihandel in diesen Bereichen ausgeht), um damit eigene Technologien aufzubauen, kann von «Erziehungsprotektion» die Rede sein, wenn die Produktmärkte dieser Industrien Gegenstand der Außenhandelsprotektion

39 Vgl. GLAZIEV, KARIMOV und KUZNETSOVA (1997), S. 103.

40 Vgl. OECD (1999), S. 19.

tion sind, wie es derzeit der russischen Regierung vorzuschweben scheint. Nach WEILER wäre unter diesem Kriterium Freihandel zu bejahen, weil Produktivitätssteigerungen nicht landesendogen sind. Relativiert man dieses Argument jedoch und bezieht Schutzmaßnahmen allein auf die Vermarktungsstufe, so kann eine Erziehungszollpolitik unter dem Kriterium der Produktivitätssteigerung durchaus eine rationale Strategie sein, die allerdings vermutlich durch andere Einflüsse konterkariert wird.

Geht man davon aus, dass strategischer Schutz der in Frage kommenden Bereiche einerseits mit einer engen Anlehnung an staatliche Instanzen einhergeht, die ein produkt- oder programmbezogenes Mitentscheidungsrecht fordern werden, so dürfte die ausländische Bereitschaft, in die besagten Unternehmen zu investieren, eher gering sein, insbesondere wenn Traditionen der militärischen Geheimhaltung oder gar der militärischen Produktion erneut Auftrieb gewinnen. Diese Bedingungen jedoch dürften angesichts der Tradition des «Militärisch-Industriellen Komplexes» der ehemaligen Sowjetunion, wo die fraglichen Betriebe gleichsam «verlängerte Arme» der Fachministerien darstellten, noch immer fortleben. Geht man zum anderen davon aus, dass inländische Protektionsstrategien mit ausländischen Retorsionsmaßnahmen beantwortet werden, so nehmen die Aussichten auf eine kooperationsbasierte Investition in die fraglichen Industrien noch weiter ab, da Exporte der entwickelten Produkte möglicherweise erschwert werden.

Ein wesentliches Agens für landesendogene Produktivitätssteigerungen sind nachfrageseitige Impulse, sowohl seitens der Konsumenten als auch seitens industrieller Nachfrager innerhalb der Wertschöpfungskette. Der Ausfall innovationsrelevanter Nachfrage im Zusammenhang mit der Depression der russischen Wirtschaft in den Neunzigerjahren aufgrund von unzureichender Kaufkraft seitens der Konsumenten und industrieller Abnehmer stellte ein erhebliches Innovationshemmnis dar⁴¹. Im Rahmen der Diskussion des Infant-Industry-Arguments wäre zu fragen, ob durch gezielte Protektion nachfrageseitige Impulse zu Steigerung der Innovationskraft der russischen Industrie freigesetzt werden könnten. Grundsätzlich läuft diese Frage auf eine Verlagerung der hier dargestellten Diskussion hinaus: Industrielle Abnehmer wären bei der Protektion einer inländischen Industrie weitgehend auf inländische Zulieferer angewiesen, da Importe von Substituten behindert würden. Hierdurch entstünde eine Marktverengung, die in einigen Branchen in die Herausbildung monopol-

41 Vgl. GLAZIEV, KARIMOV und KUZNETSOVA (1997), S. 104.

oder kartellartiger Strukturen münden kann. Dann entfielen gerade die für nachfrageseitige Innovationsimpulse bedeutsame Möglichkeit der Drohung mit der Ersetzung des Zulieferers bei unzureichender Qualität oder Innovationskraft. Dies wäre kein derart nennenswertes Problem, wenn die heimische Anbieterstruktur bereits durch hinreichenden Wettbewerb gekennzeichnet wäre, doch dies ist angesichts der wenig wettbewerbsorientierten Marktstrukturen in vielen russischen Sektoren kaum hinreichend der Fall. Wettbewerbsmängel lassen sich anhand der zunehmenden Konzentration in vielen Branchen, der offenkundig wachsenden Bedeutung informeller Absprachen⁴² sowie der Entstehung einiger konglomerater «Finanz-Industrieller Gruppen»⁴³ und «Integrierter Business-Gruppierungen», anhand der nach wie vor bestehenden umfangreichen Preisregulierungen (insbes. auf regionaler Ebene) und der sich intensivierenden Einflussnahme regionaler Autoritäten auf das wirtschaftliche Gebaren lokaler Industrien⁴⁴ im Zusammenhang mit nach wie vor starken separatistischen Tendenzen leicht feststellen⁴⁵. Die letztgenannte Verquickung wirtschaftlicher und politischer Kräfte auf regionaler bzw. lokaler Ebene wirkt sich vor allem dort besonders wettbewerbswidrig aus, wo die noch immer bestehende und aus Zeiten der Sowjetunion übernommene Struktur regionaler Ballung ganzer Industrien zum Tragen kommt.

Hinsichtlich der Stärkung der Konsumentenkaufkraft haben selektive Erziehungszollmaßnahmen ohnehin eine begrenzte Wirkung.

2. *Gehen Produktivitätssteigerungen mit Externalitäten einher?*

Im Sinne der «Neuen Wachstumstheorie» kann vor allem die Produktion von forschungs- und entwicklungsbezogenen Externalitäten zum Einschwenken auf einen höheren Wachstumspfad führen, wenn diese Externalitäten Eingang in die Produktion anderer Sektoren finden⁴⁶. Die industrielle Produktion innerhalb der sich für eine Erziehungszollpolitik

42 Vgl. ZAPELNIK (2000).

43 Vgl. JASPER (1999). Finanz-Industrielle Gruppen stellen jedoch vermutlich nur teilweise eine Wettbewerbsgefährdung dar. Das für Wettbewerbsfragen zuständige Ministerium (MAP) verfolgt neuerdings die (im Einzelfall wenig zweckmäßige) Politik, nach Möglichkeit «nicht weniger als drei» FPGs auf einem (evtl. nur regionalen) Produktmarkt Russlands entstehen zu lassen. Mittlerweile (Anfang 2000) sind 80 Gruppen registriert, davon 8 transnationale. Sie beschäftigen zusammen etwa 3 Millionen Menschen und stellen etwa 10% der gesamten industriellen Produktion Russlands her.

44 Vgl. ZAPELNIK (2000).

45 Es bleibt abzuwarten, inwieweit hier durch die zunehmende Aktivität und die aufgrund des Erlasses des Gesetzes «Über den Wettbewerb und die Begrenzung monopolistischer Aktivitäten auf den Warenmärkten» gewachsene Kompetenz der zuständigen Organe sowie die Einführung eines Registers marktbeherrschender Unternehmen, die einer besonderen Missbrauchsaufsicht unterliegen, Abhilfe geschaffen werden kann.

46 Vgl. für eine entsprechende Berechnung für Deutschland jüngst HARHOFF (2000).

anbietenden Bereiche (z.B. Luftfahrttechnik) vollzog sich zu Zeiten der Sowjetunion unter der Prämisse einer strikten Unterbindung von Externalitäten, namentlich auf dem Wege einer rigiden, staatlich überwachten und sanktionierten Geheimhaltung. Das gesamte Forschungssystem war, insbesondere im militärischen Bereich, generell dergestalt organisiert, dass eine Übertragung von Erkenntnissen aus den forschungstreibenden Bereichen auf andere Sektoren verhindert wurde. In der Spätzeit der Sowjetunion erkannte die Führung zunehmend dieses Problem und versuchte, es mit administrativen Maßnahmen der Umorganisation des «nationalen Innovationssystems» in seinen Auswirkungen (Doppelforschung, Verlangsamung von Diffusionszeiten technischen Wissens) zu mildern. Dies gelang jedoch nur ansatzweise, wie das Beispiel der Einführung der «Intersektoralen Wissenschafts- und Technologiekomplexe» zeigte, die zwar der disziplinären Separierung von Forschungstätigkeiten stellenweise abhalfen, aber weitgehend von der Produktionssphäre isoliert blieben⁴⁷. Nach wie vor existiert in Russland eine im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern ausgeprägte funktionale Trennung zwischen Forschungstätigkeiten, die weitgehend in speziellen Forschungseinrichtungen durchgeführt werden, und der Produktionssphäre der Unternehmen, die noch immer relativ wenig im Bereich der Forschung und Entwicklung engagiert sind. Diese Struktur ist zwar aufgrund ihrer arbeitsteiligen Organisation auf die Produktion von Externalitäten angewiesen, doch hat die Privatisierung vieler Betriebe eher noch dazu beigetragen, dass die Kluft zwischen Forschungs- und Produktionssphäre weiter vertieft wurde⁴⁸. Weiterhin kann bei der Mehrzahl der existierenden Betriebe davon ausgegangen werden, dass aufgrund des schwachen eigenen Engagements im F&E-Bereich ein nur geringes Potential für die Absorption andernorts entstandenen technischen Wissens existiert, die Defizite an Eigenforschung kompensieren könnte. Dies wird durch die Beobachtung bestätigt, dass der Technologietransfer von Forschungseinrichtungen in denjenigen Unternehmen am wirkungsvollsten gelingt, in denen auch Eigenforschung betrieben wird. Dieser Anteil ist jedoch verhältnismäßig gering: Die Anzahl der Betriebe mit «intra-muraler» F&E belief sich Angaben aus der ersten Hälfte der Neunzigerjahre zufolge auf weniger als 10% aller Betriebe und auf etwa ein Viertel aller innovationsaktiven Betriebe⁴⁹.

Zur Klärung der Frage nach Externalitäten wäre zu untersuchen, inwieweit die in Frage kommenden Unternehmen selbst Forschung treiben

47 Vgl. ALIMPIEV und SOKOLOV (1997).

48 Vgl. GLAZIEV, KARIMOV und KUZNETSOVA (1997), S. 98.

49 Vgl. GLAZIEV, KARIMOV und KUZNETSOVA (1997), S. 98.

und in der Lage sind, andernorts erzeugte Forschungsergebnisse zu absorbieren. Geht man davon aus, dass eine selektive Privilegierung von Branchen im Rahmen eines Erziehungszolls in erster Linie an innovationsintensiven Branchen ansetzt, kann erwartet werden, dass die betroffenen Unternehmen in überdurchschnittlichem Maße auch von Externalitäten profitieren bzw. überdurchschnittlich Externalitäten produzieren. Wäre dies der Fall, so wären angesichts der geschilderten Situation die durch einen Erziehungszoll induzierten Wachstumseffekte aufgrund von Externalitäten wohl dennoch eher gering, wenn auch über dem Durchschnitt des Landes. Angesichts der unzureichenden Kapitalausstattung der forschungstreibenden Unternehmen wäre jedoch vermutlich eine Strategie, die internationale Kapital- und Wissenstransfers fördert, die vorzuziehende Vorgehensweise.

3. Sind Externalitäten länderintern?

Der gerade genannte Punkt träfe auch dann zu, wenn die Externalitäten in charakteristischer Weise über die Landesgrenzen diffundierten, sich das Land also nur bedingt Innovationsrenten aneignen könnte. Hier sind mehrere Fälle zu unterscheiden. Trifft die für die erwähnten Industrien angesprochene Neigung zur Geheimhaltung zu, so wäre auch der Effekt der Wissensdiffusion über die Landesgrenzen hinweg betroffen. Dies wäre jedoch zu relativieren angesichts der mutmaßlich ebenso geringen Wohlfahrtseffekte der inländischen Wissensdiffusion. Bei Industrien, die sich durch keinerlei Tradition der Geheimhaltung auszeichnen (zu denken wäre an Software- oder Biotechnologien, sofern sie nicht aus Altunternehmen hervorgehen) gilt in der Regel das gleiche Ausmaß der internationalen Wissensdiffusion wie in anderen Ländern auch. Dennoch könnten auch diese Industrien von administrativen Geheimhaltungs-Ansinnen betroffen sein. Dass ein wirksamer Patentschutz in Russland oftmals nicht existiert bzw. internationale Patente oft außerhalb der finanziellen Möglichkeiten der Unternehmen liegen, ist hierbei ein Nebenaspekt, da auch Patente in funktionaler Hinsicht als Instrumente der Wissensdiffusion anzusehen sind und somit als Institutionalisierung von Externalitäten angesehen werden können – und sei es, um Doppelforschung zu vermeiden oder Impulse für «inventing around» zu geben.

Grundsätzlich ist hier anzuführen, dass Maßnahmen zum Schutz technologischen Wissens so direkt wie möglich an der Quelle der diagnostizierten Externalität angesiedelt sein sollten und ein protektionistisches Außenhandelsregime allein schon aufgrund dessen kaum als Mittel der Wahl in Frage kommt. Weiterhin weist das Erziehungszollinstrument an-

gesichts der Spezifika technischen Wissens (kostengünstige und schwer zu kontrollierende Übertragbarkeit über Landesgrenzen hinweg) ohnehin keine besondere Eignung zur Verbesserung der nationalen Aneignung technischen Wissens auf.

4. *Sind Externalitäten in unterschiedlichen Sektoren unterschiedlich stark?*

Die erwähnten tradierten russischen Hochtechnologiesektoren sind recht forschungsintensiv, werden jedoch im allgemeinen nicht als derart forschungsnah angesehen wie weniger tradierte Spitzentechnologien im Bereich Informationsverarbeitung oder Biotechnologie, die in Russland nach wie vor verhältnismäßig schwach sind. Die Stärke der Externalitäten richtet sich auch nach faktischen, institutionell-historisch bedingten Gegebenheiten. Die Selektion von Spitzentechnologien erbrächte vermutlich (gemessen am Forschungs- und Entwicklungsinput) erhebliche relative Spillovers, die sich jedoch nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass diese nicht national appropriierbar sind (denn gerade die Grundlagennähe der Forschung in diesen Bereichen erschwert die nationale Appropriierbarkeit) und wegen der absehbar relativ geringen absoluten Bedeutung dieser Branchen in Russland in Grenzen halten dürften (siehe nächster Punkt). Russland tritt in diesem Bereich mit Verzögerung in den Markt ein und ist beim Aufbau der Informations- und Biotechnologie auf ausländische Wissenstransfers und Kompatibilität mit technologischen Standards angewiesen. Externalitäten sind damit nicht primär Kriterium für die Auswahl derartiger Technologien für selektive Schutzmaßnahmen, sondern eine Bedingung für den Eintritt in den internationalen Forschungszusammenhang. Dies setzt eher ein nicht-protektionistisches Regime voraus.

5. *Korrelieren Externalitäten positiv mit der Größe eines Sektors?*

Die bereits etablierte Größe eines Sektors ist unter Externalitätengesichtspunkten kein zweckmäßiges Kriterium für die *Auswahl* einer Industrie, insbesondere dann, wenn die vorhandene Branchenstruktur nicht-marktlichen Entscheidungen der Vergangenheit zu verdanken ist. Ähnliches gilt für die *Förderung* eines Sektors, wobei noch Faktoren wie Forschungsintensität und Aneignungsbedingungen technischen Wissens eine Rolle spielen. Da sich die Wertigkeit und die Wohlfahrtseffekte von Externalitäten vor allem erst auf der Seite der «Rezipienten» erweisen, ergibt sich ein wohlfahrtsrelevantes Kriterium für die Bemessung von Externalitäten nicht im reinen Umfang der produzierten und zugänglichen Informationen, sondern in der Fähigkeit anderer Sektoren, diese zu absorbieren und für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Relevant ist damit

nicht nur das (nur bedingt größenmäßig bestimmte) Potenzial der Externalitäten verursachenden Sektoren, sondern auch die (ebenfalls nur bedingt größenmäßig zu bemessende) Fähigkeit anderer Sektoren, dieses Wissen aufzunehmen, die ihrerseits nur bedingt größenmäßig determiniert sein dürfte und stärker von der Forschungsspezifität, dem vorhandenen Wissenskapitalstock (und damit von den FuE-Investitionen der Vorperioden), den Erfahrungen und der Bereitschaft abhängt, fremdes Wissen für eigene Zwecke zu transformieren. Eine Operationalisierung dieser Diffusion ist mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet, zumal im Falle Russlands einschlägiges Zahlenmaterial, das eine empirische Bestimmung etwa anhand von Spillover-Parametern zuließe, nicht vorliegt.

6. Ist das Externalitätenproblem privat lösbar?

Eine private Internalisierung bzw. eine Aneignung technischen Wissens ist auf dem Wege der Patentierung und Lizenzierung, der Kooperation oder der Verkürzung der Produkteinführungszeiten grundsätzlich möglich. Patentschutz geistigen Eigentums spielt in Russland noch keine allzu bedeutende Rolle, was mehrere Gründe hat⁵⁰. Zum einen ist hier die erwähnte Struktur der russischen Forschungslandschaft mit der für sie charakteristischen großen Bedeutung von Forschungszentren für die industrielle Forschung zu nennen. Diese Forschungseinrichtungen betrieben vielfach Kontraktforschung, die dem Anschein nach jedoch eher selten patentiert wird. Ob zum anderen angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Russland und dem Ausland die Patentierung in Russland tatsächlich eine Appropriierung geistigen Eigentums im Land zu gewährleisten vermag, kann zudem in Zweifel gezogen werden, da trotz der in den Neunzigerjahren zurückgehenden Gesamtanzahl der von Einheimischen beantragten Patente, die den Niedergang der russischen Forschungslandschaft in dieser Zeit reflektiert, eine stetig wachsende Anzahl von Patentanmeldungen Einheimischer im Ausland zu beobachten war⁵¹. Dies war offenkundig nicht allein auf die Mängel des Patentsystems, sondern auf die deutlich besseren Verwertungsaussichten von Patenten im Ausland zurückzuführen. Für viele, vor allem kleinere Unternehmen und Forschungseinrichtungen dürften jedoch die Kosten insbesondere internationaler Patente weiterhin den Finanzrahmen sprengen. Aufgrund der Defizite des Patentsystems ist zu beobachten, dass nach wie vor ein Wissenserwerb oftmals ohne entsprechende Lizenzie-

50 Vgl. GLAZIEV, KARIMOV und KUZNETSOVA (1997), S. 99.

51 Vgl. OECD (1999), S. 22.

rung erfolgt, somit keine wirksame Internalisierung stattfindet⁵². Verbesserungen des Patentsystems im Laufe eines fünfjährigen Zeitraums wurden seitens der russischen Regierung gegenüber der EU im Abkommen über Partnerschaft und Kooperation, das am 1.12.1997 in Kraft getreten ist, zugesichert.

In spezifizierbaren Bereichen, d.h. bei Identifizierbarkeit der Nutznießer technischen Wissens, ist eine Internalisierung technologischer Externalitäten auf dem Wege der Forschungs- und Entwicklungskooperation grundsätzlich möglich. Es ergeben sich aus sachlichen Erwägungen heraus jedoch keine Gründe, weshalb derartige Kooperationen nicht grenzüberschreitend sein sollten, was durch ein nicht-kooperatives Außenhandelsregime jedoch eher unterlaufen würde. Zwar sind Forschungskooperationen grundsätzlich auch in einem «Infant-Industry»-Regime möglich, doch muss auch Wissensdiffusion aus dem Land heraus gewährleistet sein. Geschieht dies nicht, was oftmals explizites Ziel solcher Maßnahmen ist, und wird dies antizipiert, so werden Kooperationen bereits im Vorfeld unterbleiben. Seit den Untersuchungen von KRUGMAN⁵³ sowie RIVERA-BATIZ und ROMER⁵⁴ ist zudem bekannt, dass auch im Falle freier grenzüberschreitender Wissensdiffusion ein durch Handelsbarrieren gekennzeichnetes Regime mit großer Wahrscheinlichkeit zu Wachstumseinbußen führt, da die Marktfragmentierung zur Reduzierung von Innovationsanreizen führt. Forschungs- und Entwicklungskooperationen auf russischer Ebene dürften bei gleichzeitig funktionsfähiger Außenprotektion aufgrund der internationalen Wissensdiffusion nicht primär internalisierungsbedingt sein, sondern vielmehr den Keim kollusiven Verhaltens in sich tragen, womit auch *Frage 7* beantwortet wäre. Die russische Regierung hat mittlerweile die Bedeutung grenzüberschreitender Forschung für ausländische Investitionen und den Aufbau eines entsprechenden inländischen Kapitalstocks erkannt und in einem entsprechenden Regierungsprogramm jüngst zum Ziel erhoben⁵⁵. Diesbezügliche Konsequenzen hinsichtlich einer Liberalisierung des Außenhandelsregimes sind jedoch kaum ersichtlich.

Die Verkürzung von Markteinführungszeiten setzt effiziente Management- und Vertriebsstrukturen voraus, deren Voraussetzungen (Umset-

52 Vgl. GLAZIEV, KARIMOV und KUZNETSOVA (1997), S. 99, die berichten, dass «(...) only 125 industrial enterprises of the 17,000 surveyed have bought patent licenses for the use of inventions.»

53 Vgl. KRUGMAN (1990).

54 Vgl. RIVERA-BATIZ und ROMER (1991).

55 Vgl. REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1999a), insbesondere Abschnitt III.

zungswissen und Kapital) ebenfalls eher durch ein kooperatives Außenhandelsregime geschaffen werden können.

8. Sind Nutzen der Maßnahmen größer als Kosten?

Eine Abwägung von Kosten und Nutzen von Erziehungszollmaßnahmen für im Sinne einer strategischen Außenhandelspolitik interessante Sektoren der russischen Industrie spricht damit eher gegen eine Infant-Industry-Protektion, vor allem dann, wenn, wie Erfahrungen mit anderen Branchen der russischen Industrie (etwa der Automobilindustrie) zeigen, diese Maßnahmen eine starke «Verewigungstendenz» aufweisen und letztlich seitens der Begünstigten als Vorstufe zu einer neuen (Krypto-)Verstaatlichung interpretiert werden.

9. Sollen die Maßnahmen zeitlich befristet werden?

Die neuerlichen politischen Ansätze zu einer Protektion heimischer Industrien sehen zwar regelmäßig eine Befristung der Maßnahmen vor, doch bewirkt dies aus den genannten Gründen erfahrungsgemäß zwar eine Erschwernis, jedoch keine letztgültige Vermeidung dauerhafter Schutzmaßnahmen.

Bei der Diskussion über das Infant-Industry-Argument wird in der russischen Literatur sehr häufig auf die Erfahrung der ostasiatischen Länder hingewiesen. Es ist jedoch fraglich, ob gerade die Regierungsinterventionen in diesen Ländern für das Wachstum dieser Länder ausschlaggebend waren. Einige Interventionen waren erfolgreich, insbesondere wenn sie performance- oder wettbewerbsorientiert waren. Beispiele der Effektivität von Exportsubventionen und -promotion bleiben jedoch wenig aufschlussreich. Außerdem sind Unterschiede in den Bedingungen der Anwendung des Infant-Industry-Argumentes zwischen Russland einerseits und den ostasiatischen Ländern andererseits offensichtlich. Die ostasiatischen Länder hatten vor den Reformen keine entwickelten Wirtschaftssysteme und mussten diese neu aufbauen und ihre Entwicklung fördern. In Russland existiert hingegen bereits eine (größtenteils ineffiziente) industrielle Struktur mit erheblichem Beharrungsvermögen, die beträchtliche Ressourcen bindet und Protektionsmaßnahmen für ihre Zwecke zu nutzen versteht. Der wirtschaftliche Erfolg der ostasiatischen Länder basierte nicht auf Naturressourcen, sondern auf der schnellen Entwicklung von Humankapital als komplementärem Faktor zum teilweise unter Außenhandelsprotektion errichteten Sachkapitalstock. Alle diese Länder investierten aktiv in Wissenschaft und Ausbildung. In Russland bleibt die Finanzierung der letztgenannten Bereiche auf einem sehr niedrigem Niveau

und wird im Jahre 2000 schätzungsweise lediglich 0,48 Milliarden Dollar (im Jahre 1999 waren es noch 0,54 Mrd. Dollars) oder 3% des öffentlichen Haushalts betragen⁵⁶.

Angesichts der obenstehenden Ausführungen scheint uns die Effektivität der Durchsetzung einer Politik im Sinne des Infant-Industry-Argumentes insbesondere im Rahmen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Russland fragwürdig zu sein, was unserer Meinung nach die Auswahl einer anderen Strategieoption notwendig macht.

4 Abschließende Bemerkungen

Aufgrund der obenstehenden Ausführungen scheint es für Russland unseres Erachtens unter ökonomischen Aspekten wenig sinnvoll zu sein, den Weg des Protektionismus fortzusetzen. Die Bestrebungen der russischen Regierung, der WTO beizutreten, sind in diesem Zusammenhang zu begrüßen. Allerdings ist zu betonen, dass ein weites Spektrum von wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchgeführt werden muss, um eine hohe wirtschaftliche Entwicklungsstufe zu erreichen und die Vorteilhaftigkeit der Teilnahme Russlands am internationalen Wirtschaftsgeschehen für das Land zu erhöhen.

Russlands technologische Basis hat in der Geschichte des Landes bereits mehrfach von Technologieimporten profitiert oder ist gar aus diesen entstanden. Wenn man davon ausgeht, dass massives Zwangssparen wie in der stalinistischen Epoche derzeit nicht mehr für den raschen Aufbau eines entsprechenden Kapitalstocks in Frage kommt, muss Russland an die Tradition ausländischer Technologieinvestitionen anknüpfen. Erforderlich hierfür ist jedoch eine erkennbare und rationale wirtschaftspolitische Strategie, die die Erleichterung des Technologietransfers nicht nur durch die selektive Senkung von Importzöllen für spezielle technologische Produkte, sondern vor allem durch Verbesserung der Direktinvestitionsmöglichkeiten, volle Repatriierung von Gewinnen und Stabilisierung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gewährleistet. Auf dieser Grundlage werden dann auch spilloverbedingte Wachstumseffekte eintreten.

Eine Förderung heimischer Industrien durch wettbewerbskonformere Maßnahmen, wie technologische Förderung, infrastrukturelle Maßnah-

⁵⁶ Vgl. RAKITOV (2000).

men, Maßnahmen zur Steigerung der Markttransparenz und der Humankapitalqualität ist gleichwohl zu befürworten. Auch Gründe für eine vorübergehende Protektion einzelner Industriezweige (Landwirtschaft) sind nicht völlig von der Hand zu weisen, sollten jedoch explizit unter einem nicht strukturkonservierenden Programm stattfinden.

Außenprotektion ist nicht Selbstzweck, sondern muss – neben staatlicher Einnahmeerzielung, die aus dieser Quelle zudem fragwürdig ist – ein Ziel haben, das derzeit in Russland nur in Umrissen zu erkennen ist. Protektion in Russland steht zwar mittlerweile regierungsseitig auf einer gewissen programmatischen Grundlage, wirkt in der Praxis jedoch eher wie eine urwüchsige bürokratische Fortsetzung administrativer Traditionen Russlands im Außenhandel. Die derzeit zu beobachtende Überschneidung von Zuständigkeiten und unklare Abgrenzung von Normen und Rechtsbegriffen muss beseitigt werden. Die übermäßige bürokratische Aktivität im außenwirtschaftlichen Bereich, die oftmals zu gravierenden Verwirrungen führt, muss zugunsten einer übersichtlichen und kontinuierlichen Rahmensetzung nachlassen. In diesem Zusammenhang wird es auch dringend erforderlich sein, außenhandelsbezogene Politiken auf regionaler und zentraler Ebene aufeinander abzustimmen. So kann auch eine auf Stärkung der technologischen Basis angelegte Politik der Zentrale durch monopolisierungsfördernde Maßnahmen in den Regionen konterkariert werden. Das Ziel des Erhalts von Arbeitsplätzen oder Industrien ist damit langfristig ins Reich der Phantasie einzuordnen, solange die Instrumentengestaltung nicht daraufhin ausgerichtet ist und eine einfache Beschränkung des Marktzutritts allein auf Strukturkonservierung hinausläuft.

Es ist zu bezweifeln, dass eine Protektion der internen Märkte zur Erhöhung der Wettbewerbskraft der russischen Industrien führen wird, da sich in diesem Falle vor allem die bekannten Effekte der Minderung von Innovationsanreizen einstellen würden. Diese kämen in Russland vermutlich besonders zum Tragen, da Anreize entstünden, zu einem gelernten Verhalten geringer Anpassungsflexibilität zurückzukehren, denn dieses Verhalten, wie es in der Sowjetunion erlernt wurde, würde angesichts von Außenhandelsprotektion erneut positiv sanktioniert. Geht man weiterhin davon aus, dass Wettbewerb auch ein für die Beteiligten informationsgenerierender Vorgang ist, in dem nicht nur Neuerungen aktiv angegangen werden, sondern auch Prozesse der Aneignung von Konkurrentenwissen (Spillovers) einsetzen, werden die wohlfahrtsgefährdenden Effekte einer «Erziehungs»-Protektion vollends deutlich, sofern diese sich wettbewerbsbeschränkend auswirkt.

Literatur

- ALIMPIEV, V. und SOKOLOV A. (1997): *The Institutional Structure of Applied R&D*; in: GOKHBERG, L., PECK M.J. und GÁCS J. (Hrsg.) (1997): *Russian Applied Research and Development: Its Problems and Promise*, IIASA Research Report, Laxenburg, S. 34–56
- BASS, L. (1999): Pooschtschrenije innostrannyh investizii i politika protektionisma v Rossii; in: *Vneschnjaja Torgovlja*, 6, S. 10–12
- BETHKENHAGEN, J. und MACHOWSKI H. (1975): *Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)*. Entwicklung, Organisation, Erfolge und Grenzen der Integration, Berlin
- BOSWORTH, B.P. und OFER G. (1995): *Reforming Planned Economies in an Integrating World Economy*, Washington, D.C.
- CRISP, O. (1976): *Studies in the Russian Economy before 1914*, London
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001): Market Access Sectoral Trade Barriers Database: Russia, <http://mkaccdbeu.int/mkdb/chksel.pl>
- GATRELL, P. (1986): *The Tsarist Economy, 1850–1917*, London
- GLAZIEV, S., KARIMOV I. und KUZNETSOVA I. (1997): *Innovation activity of Russian Industrial Enterprise*; in: GOKHBERG, L., PECK M.J. und GÁCS J. (Hrsg.) (1997): *Russian Applied Research and Development: Its Problems and Promise*, IIASA Research Report, Laxenburg, S. 86–106
- HARHOFF, D. (2000): R&D spillovers, technological proximity, and productivity growth – evidence from German panel data; in: *Schmalenbach business review*, Bd. 52 (2000), 3, S. 238–260
- HOBSON, J. M. (1997): *The Wealth of States: A comparative sociology of international economic and political change*, Cambridge University Press
- JACOBSEN, H.-D. (1998): Außenwirtschaftliche Handlungsspielräume der Russischen Föderation; in: *Osteuropa-Wirtschaft*, Bd. 43, 4, S. 355–380
- JASPER, J. (1999): Entstehung, Bedeutung und Tragfähigkeit der Finanz-Industriellen Gruppen in der Russischen Föderation; in: *Osteuropa-Wirtschaft*, Bd. 44, 1, S. 28–50
- KULESCHOV, A., RYLOV M. und PERESLAVZEV M. (2000): Gosudarstvennoje regulirovanije vneschnetorgovych operacij v Rossii; in: *Finansovo-ekonomicheskij bylletenij «Sodejstvije»*, Nr. 3–4
- KUTOVA, V. (1998): Gosudarstvennoje regulirovanije vneshneekonomicheskoy dejatel'nosti v Rossijskoj Federazii, 1998, § 1.3; <http://mibif.indi.ru/library/strateg.htm>
- KRUGMAN, P. (1990): *Rethinking International Trade*, Cambridge (Mass.)
- KRUGMAN, P. (1995): Cycles of Conventional Wisdom on Economic Development; in: *International Affairs*, 71. Jg., 4, S. 717–732

- LIPSIZ, I., NESCHADIN A. ET AL. (1997): Promyschlennaja politika Rossii: prinzipy formi-rovanija i mehanizmy realizazii, Ekspertny Institut, Moskau 1997; <http://ftp.nns.ru/analytdoc/soder.html>
- McKINNON, R.I. (1991): *The Order of Economic Liberalization – Financial Control in the Transition to a Market Economy*, Baltimore
- MINISTERRAT DER UDSSR (1981): Verordnung des Ministerrates der UdSSR von 27.04.1981 §394 «Über die Bewilligung des Zolltarifes der UdSSR»
- MUNTING, R. (1982): *The economic development of the USSR*, New York
- NOVOKSCHONOV, I. (1999): Tamozhenno-tarifnoje regulirovanije vnesch-netorgovoj dejatel'-nosti; in: *Pravo i Ekonomika*, 3., S. 57–61
- OECD (1999): Science and Technology Main Indicators and Basic Statistics in the Russian Federation, Paris
- PANKOV, V. (1996): Die Transformation der russischen Außenwirtschaft; in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 41. Jg., 4, S. 313–327
- RAKITOV, A. (2000): Kapitanskij mostik planety Zemlja; in: *Novyje Izvestija*, Nr. 49, 21.3.2000
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1992): Verordnung der Russischen Regierung vom 06.11.1992, Nr. 854 «Über die Lizenzierung und Quotierung des Exports und Imports von Güter (Dienstleistungen) auf dem Territorium der Russischen Föderation»
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1995): Anordnung für Lizenzierung und Quotierung der Exportlieferungen laut internationaler Verpflichtungen der Russischen Föderation vom 15.03.95, Nr. 01-20/3124
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1995a): Föderatives Gesetz Nr. 157-FZ vom 13.10.1995 «Über die staatlichen Regulierungen der Außenhandelstätigkeit»
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1996): «Ordnung der Durchführung der Versteigerungen und Auktionen zum Verkauf von Export- und Importquoten», in Kraft gesetzt durch die Verordnung der russischen Regierung Nr. 1299 vom 31.10.1996
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1998): Föderatives Gesetz Nr. 63-F3 vom 14.4.1998 «Über Maßnahmen zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Russischen Föderation im Waren-Außenhandel»
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1999): Verordnung der russischen Regierung Nr. 274 vom 11.03.1999 «Über die Ordnung der Untersuchung vor der Einführung spezieller Protektions-, Anti-Dumping- und Kompensationsmaßnahmen»

- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (1999a): Konzepzija promyshlennoj politiki s eksportnoj orientaziej na period do 2005 goda, Moskau
- REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (2001): Gosudarstvennaja vneshneekonomitscheskaja politika; <http://www.rusimpex.ru/Content/Law/gosvneshpol.htm>
- RIVERA-BATIZ, L. und Romer P. (1991): Economic Integration and endogenous growth; in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 106, S. 531–556
- SACHS, J. und WARNER A. (1995): Economic Reform and The Process of Global Integration; in: *Brookings Papers on Economic Activity* Nr. 1/1996, S. 1–118
- SEROVA, E., I. CHRAMOVA, N. KARLOVA und TICHONOVA T. (2000): Agrarnyj Protektionism v Stranach s perechodnoj Ekonomikoj, Veröffentlichung des Institute for Economics in Transition, Moskau
- SKOVORODA, V. (2000): Problemy razionalisazii importa Rossii; in: *Vnesheekonomitscheskij Bylletenij*, 2, S. 10–17
- TSCHEKLINA, T. (2000): Saschtschita vnutrennego rynka stran Zentralnoj Evropy; in: *Vnesheekonomitscheskij Bylletenij*, 2, S. 23–28
- VODJANOV, A., LAPENIN V. und ISAKOV G. (1999): Vneshnetorgovaja politika Rossii v kontekste problemy eje vstuplenija v VTO; in: *Rossijski ekonomitscheskij zhurnal*, Nr.7, S.46
- WEILER, F. (1996): *Das «Infant-Industry-Argument» für protektionistische Maßnahmen: theoretische Einordnung und wirtschaftspolitische Relevanz*, Marburg
- ZAPELNIK, W. (2000): Konkurentnaja Politika i antimonopolnaja dejatel'nost'; in: Institut Ekonomiki Perechodnaja Perioda (Hrsg.): Rossijskaja Ekonomika w 1999 godu, Moskau; <http://www.iet.ru/trend/1999/1999.html>

